

Muss Ansbach allein weitermachen?

Für den zweiten Teil des Naturschutzprojektes „chance.natur – Lebensraum Altmühltal“ hofft der Landkreis Ansbach auf die Nachbarn im Süden

VON ANTONIA MÜLLER

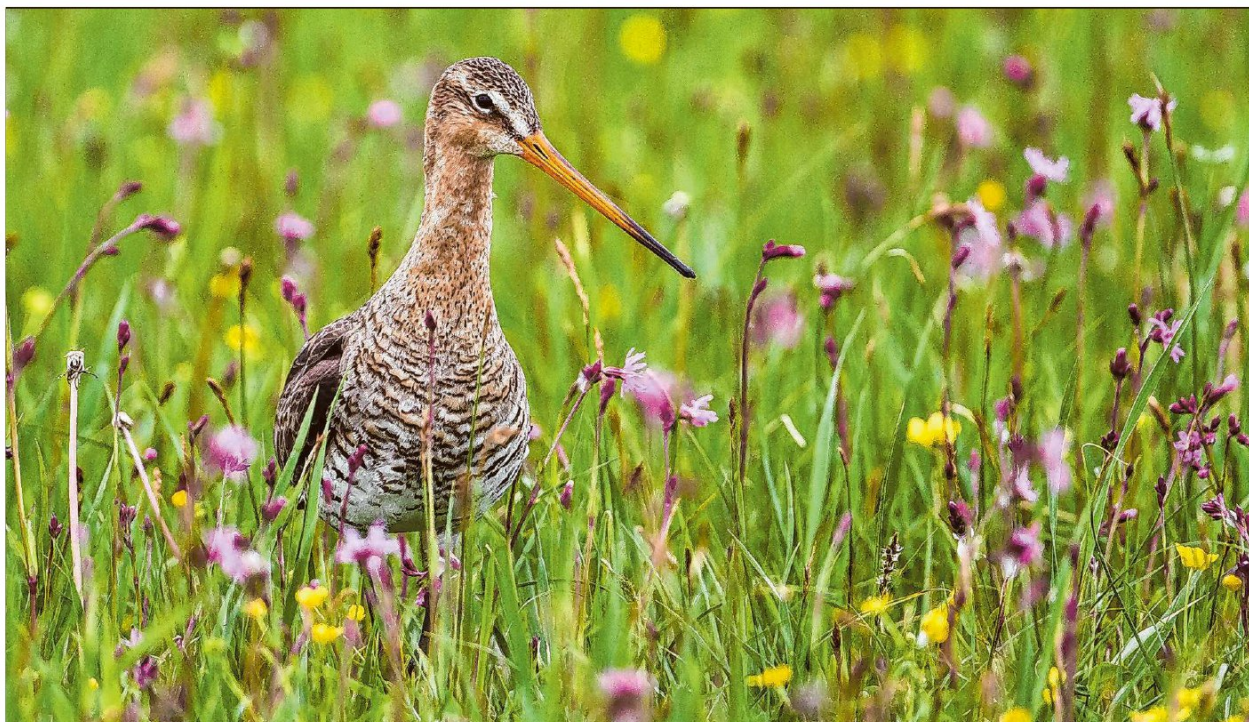
ANSBACH – Die Wiesenbrüter im Altmühltal sollen geschützt werden. Dafür hat sich „chance.natur – Lebensraum Altmühltal“ bereits im ersten Projektabschnitt eingesetzt. Für den zweiten Teil gilt es nun wieder Fördergelder des Bundes zu mobilisieren. Doch die sind aktuell noch in Gefahr.

Im März 2023 wurde der erste Teil des Projektes, das von Bund und Land gefördert wurde, abgeschlossen. Aktuell läuft ein Übergangprojekt, das Jäger, Angler, Landwirte und weitere Akteure zusammenbringen soll. Dieser Teil wird nicht vom Bund gefördert. Das Personal aber wird dafür gehalten – als Zwischenlösung, bis der zweite Projektteil startet.

Ein Zweckverband ist geplant

Das Projekt kümmert sich besonders um den Schutz von Wiesenbrüterarten im Altmühltal, die vom Aussterben bedroht sind. Mit Hilfe verschiedener Maßnahmen sollen die Bestände wieder zunehmen. Zum Beispiel werden dafür Schutzzäune angebracht, um Füchse daran zu hindern, die Jungvögel zu töten. Das erklärte Stefanie Schwarz von der unteren Naturschutzbehörde am Landratsamt Ansbach im Kreis Ausschuss.

Um die Förderung für den zweiten Teil des Projekts zu bekommen, soll die bisherige Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) aufgelöst werden. Die beiden Verbände Landesbund für



Wiesenbrüter wie Uferschnepfen stehen im Mittelpunkt des Naturschutzprojektes. Ob die Maßnahmen weiterhin mit Mitteln des Bundes unterstützt werden, steht derzeit auf der Kippe. Foto: Lebensraum Altmühltal/Andreas Stern

Vogel- und Naturschutz und der Landschaftspflegeverband Mittelfranken treten aus der Trägerschaft aus. Dadurch können sie sich an der Umsetzung der Maßnahmen beteiligen. Dies ist nicht möglich, wenn sie Teil der Trägerschaft sind.

Stattdessen soll sich ein Zweckverband der beiden Landkreise Ansbach und Weißenburg-Gunzenhausen (WUG) formieren. Dessen Satzung befinde sich gerade in der Vorbereitung, so Schwarz. Der entscheidende Punkt für den zweiten Teil ist

aber das Geld. Damit der Bund die Fördermittel bewilligt, müssen die Landkreise den Eigenanteil für die nächsten zehn Jahre zusichern.

Zehn Prozent des Projektes muss aus den Landkreisen finanziert werden. Diese teilen sich bisher die Kosten im Verhältnis 40:60. Den größeren Anteil hat der Landkreis Ansbach zu stemmen, da ein großer Teil der Projektflächen dort liegt. Das bedeutet konkret: rund 599.000 Euro, verteilt über die nächsten zehn Jahre.

Maria Hetzel (ÖDP) erkundigte sich bei Stefanie Schwarz nach den Bewirtschaftern, deren Flächen für das Projekt herangezogen werden. Ziehen diese im Großen und Ganzen mit? Schwarz bejahte und unterstrich, dass es sich um freiwillige Maßnahmen handle. „Die Bewirtschaftler kennen uns schon gut.“ Im Nachbarlandkreis sei die Diskussion kritischer. Dort ziehen einzelne Landwirte nicht mit.

Christine Reitelshöfer (CSU), die Patrick Ruh vertritt, warf daraufhin

eine zentrale Frage auf: Was passiert, wenn der Landkreis WUG nicht mitmacht? „Das ist eine schwierige Frage“, gab Schwarz zu. Sollte es nicht klappen, würde der Landkreis Ansbach versuchen, das Projekt allein weiterzuführen – dann jedoch möglicherweise ohne Förderung des Bundes.

Verzögerung schwierig für Personal

Im Juni 2024 soll es weitergehen. Doch angenommen, der Landkreis WUG braucht mehr Zeit, um sich auf die Weiterführung des Projektes zu einigen: Was passiert in der Zwischenzeit mit dem Personal, das aktuell in einer Übergangslösung gehalten wird? Geplant ist, im Juni 2024 in den zweiten Abschnitt zu starten. Was bei einer Verzögerung mit dem Personal passiert, sei ungewiss. Stefanie Schwarz zeigte sich aber zuversichtlich, dass es der Nachbarlandkreis mitzieht.

Von Ansbach gab es den Zuspruch. Dr. Hermann Schröter betonte, dass sich die Fraktion der Freien Wähler ein Bild vor Ort gemacht habe. „Der Sprung von der Broschüre zur Realität war gigantisch“, lobte er das Projekt. Er befürworte die Fortführung des Projektes, „alles andere wäre eine verpasste Chance“.

Hans Henninger (Freie Wähler) sagte, dass er es schade fände, wenn das Projekt nur im Kreis Ansbach stattfinden könnte. Das Geld, das durch die Förderung reinkomme, werte die Region schließlich auf. Der Kreis Ausschuss sprach dem Kreistag einstimmig die Empfehlung aus, die benötigten Mittel bereitzustellen.